

Berichte aus Stadt und Kanton Zürich



2. Hälfte Oktober 2021

16. Oktober

Der Kantonsbeitrag des Kantons Zürich an die Prämienverbilligung der Krankenkassen wird vom Regierungsrat auf 92% des Bundesbeitrages festgelegt. Dies ist derselbe Prozentsatz wie vor Jahresfrist. Damals musste der Regierungsrat nach einem Bundesgerichtsurteil im Kanton Luzern nachbessern und auf 92% gehen. Eine Volksinitiative, die forderte, dass der Kanton mindestens auf 100% gehe, wurde leider vor einigen Monaten in einer Volksabstimmung abgelehnt.

Zum Fall Brian (Carlos) war in Regensdorf, nahe dem Gefängnis, eine Veranstaltung geplant. Ein Kollektiv von Künstlern, zu denen sich auch das Theater Neumarkt gesellte, wollte auf künstlerische Weise diesen Justizfall thematisieren. Mit von der Partie soll auch der UN-Sonderberichterstatter über Folter sein. Nun hat aber der Gemeinderat von Regensdorf den schon abgeschlossenen Mietvertrag für Räumlichkeiten im Gemeinschaftszentrum Roos annulliert, mit der Begründung, es bestünde «sicherheitspolizeiliche Bedenken». Die Veranstalter weichen nun in den Kunstraum Walcheturm, Kanonengasse 20, 8004 Zürich aus.

18. Oktober

Heute wird bekannt, dass das Verwaltungsgericht (als Appellationsinstanz) ein Urteil des Baurekursgerichtes bestätigt hat, wonach das Bauprojekt Brunaupark der Crédit-Suisse-Pensionskasse so nicht gebaut werden darf, da die Grenzwerte des Lärmschutzes zum Teil massiv überschritten würden. Es sollten 239 noch gut erhaltenen Wohnungen abgerissen und durch 500 hochwertige, das heisst teure, Wohnungen ersetzt werden.

20. Oktober

Die Jugendlichen vom Klimastreik Zürich haben an ihrer letzten Versammlung die Ja-Parole zum Energiegesetz beschlossen. Laut Sprecherin Hanna Fischer hat es dazu in der Bewegung keine kontroversen Diskussionen gegeben.

Nationalrätin Jacqueline Badran bedauert, dass im Zusammenhang mit dem kantonalen Energiegesetz keine flankierenden Massnahmen beschlossen wurden, die die Auszahlung von Fördergeldern an die Hauseigentümer an einen Verzicht auf Leerkündigungen und Mietzinssteigerungen geknüpft hätten. Als Vorstandsmitglied des Schweizerischen Mieter:innenverbandes kann sie die Haltung des Zürcher Verbandes nachvollziehen, der fehlenden flankierenden Massnahmen wegen auf eine Ja-Parole zum Energiegesetz zu verzichten, findet den Entscheid aber inhaltlich falsch. Sie selbst stimme überzeugt mit Ja.

Die Psychiatrischen Kliniken laufen wegen Personalmangels am Limit. Einzelne Betten an der psychiatrischen Universitätsklinik (PUK) bleiben wegen fehlendem Personal unbesetzt. Am stärksten leidet die Kinder- und Jugendpsychiatrie unter Kapazitätsengpässen. Auch das Sanatorium Kilchberg klagt hauptsächlich über den Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal. Die Psychiatrie Winterthur-Unterland bezeichnet die Situation im Personalbereich als prekär. Ob es den Verantwortlichen wohl auch schon in den Sinn gekommen, dass der Markt auch hier spielt. Wandern Mitarbeitende ab, so stimmen wohl die Arbeitsbedingungen nicht. Hauptsächlich der der grossen Verantwortung der Pflegenden nicht angemessenen Lohn steht zur Diskussion. Aber auch die gesamte Ideologie im Gesundheitswesen wird hinterfragt. So lässt sich der Chef des PUK folgendermassen zitieren: »Der Auftrag an die Psychiatrie muss dringend geklärt werden. Soll sich die Psychiatrie auf absolute Gewinnmaxi-

mierung oder auf eine gute Versorgung der Bevölkerung konzentrieren». Diese Fragestellung gilt für das gesamte Gesundheitswesen.

22. Oktober

Die Abfallinitiative der Jungen Grünen aus dem Jahre 2019 hat einen Gegenvorschlag des Regierungsrates ausgelöst, der jetzt auch von der vorbereitenden Kommission des Kantonsrates einstimmig angenommen wurde. Gleichzeitig lehnt sie die Initiative ab. Der Vorschlag der Regierung scheint dem Problem besser Herr zu werden. Ein Vertreter der Jungen Grünen kündigt den wahrscheinlichen Rückzug der Initiative an.

Auf dem Albisgrat steht bei der Felsenegg seit dem Jahre 1963 ein Fernsehturm. Diesem ist jetzt ein etwas kleinerer, aber sehr viel filigranterer Bruder beigegeben worden. Dieser wird auch für die Verbreitung von Internetinhalten benötigt. Der alte Turm wird abgeschaltet und bleibt vorläufig stehen, soll aber im Frühsommer 2022 abgebaut werden.

23. Oktober

Nils Melzer wurde ab dem 1. November 2016 vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zum Sonderberichterstatter über Folter ernannt. Er lehrt Humanitäres Völkerrecht an der University of Glasgow und an der Akademie für humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte in Genf. Bekannt ist sein Engagement im Fall Julian Assange. Dieser höchst ausgewiesene Menschenrechtsexperte hat sich auch mit dem Fall Brian (Carlos) befasst. An einer Veranstaltung im Kunstraum Walcheturm auf dem Kasernenareal, befragt von der Juristin und Journalistin Brigitte Hürlimann, ging Melzer in sehr klaren Worten mit der Zürcher Justiz ins Gericht. Er bestätigte, dass es sich im Falle Brian gemäss den international gültigen Definitionen um klare Folter handelt. Diese sei sofort zu beenden und dem Opfer sei eine finanzielle Genugtuung zu entrichten. Für Metzler geht es nicht nur um den Einzelfall Brian, sondern um das systemische Versagen der Justiz. Dass diese Veranstaltung von der Kantonspolizei in Regensdorf aus «Sicherheitsbedenken» unterbunden wurde, passt da perfekt ins Bild!

25. Oktober

Heute dürfte der Kantonsrat die Elternzeit versenken. Dies dank der Grünliberalen, die in ihrem Parteiprogramm eine Elternzeit fordern, die aber ihrem Ruf als Wirtschaftspartei treu bleiben und aus Kostengründen und um die Wirtschaft zu schonen, gegen ihr eigenes Parteiprogramm stimmen werden. Am Anfang war eine Volksinitiative der SP, die 18 Wochen Elternurlaub fordert. Ein Gegenvorschlag postulierte dann 14 Wochen. Wahrscheinlich hätte die SP ihre Initiative zu Gunsten des Gegenvorschlages zurückgezogen. Nach dem Njet des Kantonsrates wird nun die Initiative zur Abstimmung gelangen. Es besteht also eine Hoffnung auf 18 Wochen Elternurlaub!

Bereits zweimal haben wir vom Phänomen der Autoposer berichtet. Am Wochenende fand in Dübendorf wieder so ein Treffen statt. 160 Fahrzeuge nahmen daran teil, die von der Polizei kontrolliert wurden. Es gibt reihenweise Verzeigungen.

26. Oktober

Die Kantonsverfassung soll um einen Klimaschutz-Artikel erweitert werden. Dies hat der Kantonsrat in zweiter Lesung mit 119 zu 43 Stimmen entschieden. Dieser neue Artikel soll festhalten, dass sich Kanton und Gemeinden für die Begrenzung des Klimawandels einsetzen müssen. Die Volksabstimmung wird im kommenden Jahr stattfinden.

28. Oktober

Eine Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) zeigt in einer Langzeitstudie auf, wo es dem Pflegepersonal am Schuh drückt. Pflegefachkräfte wurden nach sechsjähriger Arbeit befragt, ob sie sich vorstellen könnten, auch in 10 Jahren noch im Beruf tätig zu sein. 87% der Befragten machen eine bessere Entlohnung zur Bedingung. Weiter Forderungen waren: genügend Freizeit, um den Beruf gut mit der Familie vereinbaren zu können. Von der Erfüllung dieser Forderung machen $\frac{3}{4}$ der Befragten ihren Verbleib im Beruf abhängig.

Im Haus zum Rech, Neumarkt 4, Zürich gibt es bis Mitte Januar eine Ausstellung über die archäologischen Funde, die beim Bau des neuen Kunsthauses ans Tageslicht kamen. Die Erkenntnisse, die man bei der Ausgrabung gewonnen hat, sind in die Zeitbilder aus 20'000 Jahren eingeflossen, die man nun in der Ausstellung bewundern kann. Eintritt frei.

Die FDP hat ein Herz für das Theater Rigiblick entdeckt. Statt der vom Stadtrat vorgesehenen Erhöhung der Subventionen um 45'000 Franken zuzustimmen, wollte sie diesen Betrag um noch einmal 105'000 Franken erhöhen. Der hat begnügte sich mit dem Antrag des Stadtrates. Offensichtlich hören die Herrschaften (die Damen sind mitgemeint) die Songs ihrer Jugend vor 50 Jahren gerne, die das Rigiblick präsentiert.

29. Oktober

Vor dem Obergericht standen drei Psychiater wegen Freiheitsberaubung, die den damals 15-Jährigen Brian fast zwei Wochen lang ans Bett fesseln liessen. Ihre Begründung: Sie hätten Angst gehabt. Das Bezirksgericht hatte die drei Männer freigesprochen. Der Verteidiger legte Berufung ein. Deshalb muss nun das Obergericht entscheiden. Ein Urteil liegt noch nicht vor.

30. Oktober

Die Stadt will ganze 152 zusätzliche Polizist:innen einstellen, gestaffelt über mehrere Jahre. Eine der Begründungen gefällt mir besonders. Es sei die zunehmende Digitalisierung, die diese zusätzlichen Polizeikräfte erforderlich machten.